

# SCHÖPFERISCHE ENTWICKLUNG

## Über das Zusammendenken der sozialen mit der ökologischen Frage

Input-Papier von Robert Zion (Zukunftsforum *Ökologie, Ökonomie und globale Gerechtigkeit* von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin, 27.05.2011)

„Wer scharf denkt, wird Pessimist. Wer tief denkt, wird Optimist.“

*Henri Bergson*

Die nun folgenden sieben Thesen sind als Diskussionsbeiträge für unmittelbar anstehende Weichenstellungen für die Zukunft gedacht. Es gilt immer, längerfristige Zielvorstellungen zu formulieren, die eine Orientierung für die Richtung kurzfristiger Schritte geben könnten. Sie betreffen eine Bestandsaufnahme des *Green New Deal* bezüglich dessen sozialen Gehalts, Vorschläge für eine Struktur- und Ordnungspolitik, das Grundprinzip eines zukünftigen Sozialstaates, die Frage gesellschaftlicher Innovationen, den Wandel der Arbeitswelt, Eigentums- und Rechtsformen im Zusammenhang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und einen Ökologischen Humanismus.

### 1. These

#### ***Green New Deal* – Ein sozial-ökologisches Programm, dass auch stärker als solches kommuniziert werden sollte.**

Weit stärker als bisher sollten wir betonen, dass der *Green New Deal* nicht nur ein ökologisches, sondern ein „konzentriertes sozial-ökologisches Investitionsprogramm“<sup>1</sup> darstellt, das zudem eine „globale Strategie“<sup>1</sup> beinhaltet. So umfasst das engere Investitionsprogramm Investitionen für „mehr Energieeffizienz, Wärmedämmung und Erneuerbare Energien... Sanierung des Wohnungsbestandes... einen Energiesparfonds (für) entsprechende Investitionen für einkommensschwache Haushalte... Rechtsanspruch auf einen hochwertigen ganztägigen Kita-Platz... gebundenen Ganztagschulen... Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze auf 420 Euro.“<sup>1</sup> Hinzu kommt die „Einführung von Mindestlöhnen... (erhöhte) Regelsätze für Kinder... (das) Grüne Progressiv-Modell.“<sup>1</sup> Auf der steuerpolitischen Seite fordern wir „internationale Umweltverbrauchssteuern auf Ressourcenverbrauch und Schadstoffe... Schließung aller Steueroasen... eine gleichmäßige Besteuerung aller Einkunftsarten oder Umsätze auf den Finanzmärkten... europäische Finanzumsatzsteuer“<sup>1</sup> sowie die „Besteuerung von Vermögen“<sup>1</sup>, was mit der Forderung nach einer befristeten Vermögensabgabe im letzten Wahlprogramm konkretisiert wurde. Die Bürgerversicherung noch

<sup>1</sup> Alle mit einem Sternchen (\*) gekennzeichneten Zitate stammen aus dem Erfurter Beschluss von 2008 zum *Green New Deal*.

hinzugezählt, wäre eine Umsetzung dieser Maßnahmen wohl auch die bisher größte Sozialreform in dieser Republik. Dabei geht es auf der ökonomisch-ökologischen Seite auch darum „viele Millionen zukunftsfähiger Arbeitsplätze (zu) schaffen.“\* Zu den regulatorischen Maßnahmen des *Green New Deal* auf europäischer und internationaler Ebene zählen zudem Forderungen, wie „Entwicklungsländer müssen sich gegen Agrarimporte der Industrieländer zu Dumpingpreisen schützen dürfen. Sie müssen Zugang zu Wissen in allen überlebenswichtigen Bereichen bekommen... den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als zentrales und von der Völkergemeinschaft insgesamt legitimiertes Organ auf(zu)werten... globale Regeln..., die Ländern Anreize geben, keine übermäßigen Handelsdefizite oder Überschüsse zu erzielen... eine europäische Wirtschaftsregierung..., (die) ökologischen und sozialen Zielen verpflichtet sein (muss).“\* Fazit: die vielfältigen Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung hinzugezählt, ist der *Green New Deal* ein durchdachtes und anspruchsvolles Programm, das ökonomische, ökologische wie soziale, wie auch nationale und internationale Reformnotwendigkeiten in einen übergeordneten Zusammenhang bringt.

## 2. These

***Size matters* – beim ökologischen Umbau der Industriegesellschaft (insbes. in den unmittelbar anstehenden Bereichen Energie- und Ressourcenwirtschaft) präfigurieren struktur- und ordnungspolitische Entscheidungen den sozialen Erfolg/Misserfolg.**

In der belebten Natur gibt es keine zwei miteinander identische Dinge, sie ist eine „Mannigfaltigkeit“ (Leibniz). Eine Angleichung unserer Gesellschaften an die natürlichen Lebensgrundlagen heißt daher immer: mehr Vielfalt, Pluralisierung, Dezentralisierung, Individualisierung, Qualität statt Quantität, Entfernung von normierten Arbeitsabläufen in der Herstellung miteinander identischer Massengüter. Ein solcher ökologischer Umbau der Industriegesellschaft wird nur funktionieren, wenn die Kosten und Gewinne nicht zuungunsten der ärmeren Schichten verteilt werden. Neben den im *Green New Deal* dafür vorgesehenen Maßnahmen (Vgl. 1. These), brauchen wir daher bei dem anstehenden dezentraleren und in Kreisläufen vonstatten gehenden Wirtschaften eine Wiederbelebung der Ordnungspolitik. Modelle dafür geben die Anti-Monopol und -Kartellpolitik des deutschen Ordoliberalismus sowie die klassische amerikanische Anti-Trust-Politik in der Nachfolge des Rooseveltischen *New Deal* ab. Beispiele hierfür wären unter anderem die ordnungsrechtliche Trennung von Vertriebs- und Produktionsstrukturen<sup>2</sup> (etwa in der Stromwirtschaft<sup>3</sup>) sowie die Einführung eines ordnungsrechtlichen Prinzips der Versorgungs- und Entsorgungsautarkie und der Nähe.<sup>4</sup>

2 Ein besonders beeindruckendes und anschauliches Beispiel dafür, wie die Anti-Trust-Politik in der Nachfolge des Rooseveltischen *New Deal* neue Potenziale freigesetzt hat, ist Hollywood. Nach der Anti-Trust-Entscheidung des Supreme Court mussten sich die großen Filmstudios 1946 von ihren Kinoketten trennen. Damit brach das Produktions- und Vertriebsoligopol der großen Studios zusammen, es entstanden viele unabhängige Produktionsfirmen und Kinos und in der Folge die kreative Explosion New Hollywoods. Ohne Anti-Trust daher auch kein *Easy Rider* und kein Robert de Niro!

3 Im Nürnberger Programm von 1986 *Umbau der Industriegesellschaft* heißt es dazu: „Die örtlichen Netze werden in kommunales Eigentum überführt. Die 380 und 220 kV-Höchstspannungsnetze des überregionalen Verbund- und Transportsystems werden — soweit im Rahmen regionaler Verbundsysteme noch notwendig — ins Eigentum öffentlicher Zweckverbände überführt und von diesen selbständigen Dienstleistungsunternehmen — nicht gewinnorientiert, getrennt von der Stromerzeugung und für jedermann zum kostendeckenden Preis nutzbar — betrieben.“

4 Im Rahmen der durch Schwarz-Gelb anstehenden Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes beispielsweise, hat

Beides kann so verhindern, dass derzeitige Monopol- und Oligopolrenten und damit die hohen Kosten für die Endkunden so in neue Strukturen einfach mitgenommen werden. Die nun zu vollziehende Energiewende kann hierbei Vorbild- und Modellcharakter erhalten. Die gegenüber den fossilen Energieträgern weit geringere Energiedichte der Erneuerbaren Energien verlangt *per se* national wie international offenere, dezentralere und damit demokratischere Technologien, die über intelligente Steuerung (z.B. virtuelle Kraftwerke) vernetzt werden können. Aber ohne ein Herausnehmen der hohen Kosten der öffentlichen Hand aus der nuklear-fossilen Energiewirtschaft sowie der Oligopolrenten der Energiekonzerne, werden die sozialen Lasten des Umbaus kaum zu (er)tragen sein. Neue zentralisierte Großprojekte wie Desertec oder gigantische Offshor-Windparks sind daher sozial- und entwicklungspolitisch grundsätzlich problematisch.

### 3. These

#### ***Solidarischer Individualismus – Die Diversifizierung der Arbeitswelt(en) und Lebensstile im ökologischen Umbau verlangt eine Universalisierung sozialer Absicherung.***

Prekarisierung, Leih- und Zeitarbeit, unstetige Erwerbsbiografien, zeitweilige oder längere Arbeitslosigkeit – noch nehmen wir diese Entwicklung als defizitär, als Verlust einer überkommenen Normarbeitsgesellschaft war. Individualisierung und Pluralisierung wird als Verunsicherung und Atomisierung erfahren. Dies hat im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen befinden sich die alten Institutionen der Industriegesellschaft<sup>5</sup> in der Krise, deren Vergesellschaftungsfunktion wird prekär. Zum anderen beginnen die auf diese alten Institutionen zugeschnitten sozialen Sicherungssysteme (Ankopplung der Sozialversicherung an Normarbeit) zu versagen. Die ökologisch notwendige Pluralisierung (Vgl. 2. These) erscheint so als sozialer Verlust. Die Antwort darauf kann nur eine Universalisierung sozialer Absicherung sein, die eine allen gemeinsame soziale Basis schafft. Hierbei sind wir Grüne in der Diskussion und konzeptionell auf einem sehr guten Weg: Bürgerversicherung, existenzsichernde(s) Grundsicherung/Grundeinkommen, Garantierente, Mindestlohn etc. Dies gilt ebenso für unsere Bildungskonzepte (längeres gemeinsames Lernen, Ganztagschulen, Ausbau vorschulischer Betreuung, gebührenfreies Studieren etc.). Vieles davon kostet schlicht Geld, das aber als Investition – auch in zukünftige Wertschöpfungspotenziale – gut ausgegeben ist. Daher bleibt eine hinreichende Verteilungsgerechtigkeit<sup>6</sup> (als Mittel) Grundvoraussetzung für Zugangs-, Teilhabe- und Chancengerechtigkeit (als Ziele). Wie es nicht geht, zeigen uns die Konservativen: Deren einseitige, enorm teure aber nahezu wirkungslose Förderung der (alten industriegesellschaftlichen) Institution Familie ist beispielsweise allein ideologischen Gründen geschuldet.

---

Johannes Rimmel in NRW u.a. das Prinzip der Entsorgungsaufartikie und der Nähe zunächst per Erlass verfügt. Mittlerweile ist dies auch im Landtag NRW auf den Weg gebracht. Ziel ist die Einführung von Wertstoff- und Biotonne (Stoffkreisläufe) in kommunaler Verantwortung, stabile Gebühren und eine möglichst flächendeckende Erfassung in dezentralen und transparenten Strukturen. Das „Abgreifen“ wertvoller Reststoffe durch private Anbieter und das für die GebührenzahlerIn teure „Überlassen“ nicht mehr verwertbarer Reststoffe an die Kommunen sowie Mülltourismus sollen so verhindert werden.

5 Die industriegesellschaftlichen Institutionen (Familie, Schule, Universität, Kaserne, Krankenhaus, etc.) waren in ihrer Vergesellschaftungsfunktion (Subjektivierung) mit ihren Tages-, Wochen- und Lebenszeitmodellen am disziplinarischen Modell der Fabrik orientiert. Die „auseinanderfallende Gesellschaft“ ist daher im Wesentlichen ein Phänomen der auseinanderfallen industriegesellschaftlichen Institutionen im Wandel der Arbeitswelt.

6 Eine den Vermögensbesitz stärker als bisher (be)steuernde Steuerpolitik ist hierbei zentral.

## 4. These

***Think twice* – Technologische und soziale Innovationen müssen bewusster in ihren Wechselwirkungen und zusammen gedacht werden.**

Die (relativ kurze) Entwicklung der Industriegesellschaft bis zur heutigen multiplen Krise, sollte uns sehr deutlich vor Augen geführt haben, wie sehr eine einzige Technologie (fossil betriebene Dampfmaschine) Gesellschaften und ihre Institutionen geradezu ausformen kann (Vgl. 3. These, Anm. 5). Es ist vielleicht noch nicht entschieden, ob wir technologisch gesehen nach dem fossilen jetzt primär in ein elektronisch-informationelles oder in ein biologisches Zeitalter gehen werden, auf jeden Fall aber wird es ein ökologisches sein müssen. Dabei sind der technologische und der institutionelle Umbau der Industriegesellschaft immer nur zwei Seiten ein und derselben Medaille und kann das gelungene soziale Zusammenleben nur institutionell verankert sein. Beim sozial-ökologischen Umbau geht es also nicht nur um die Erfindung und Anwendung neuer Technologien, sondern auch um die Erfindung und Anwendung neuer Institutionen. Dabei ist die Erfindung neuer Institutionen (z.B. Gemeingüter, Grundeinkommen etc.) im gesellschaftlichen Transformationsprozess selbst angelegt, neue Fragen werden aus der der Gesellschaft selbst heraus formuliert, auf die die Politik in ihrer neuen Rolle als Deliberativ<sup>7</sup> Antworten geben muss – im Sinne eine partizipatorischen Demokratie (die Demokratie wird zur Lebensform<sup>8</sup>). Aus solch einem wechselseitigen Diskurs können wiederum neue Institutionen (z.B. partielle Grundeinkommensmodelle, Bildungskonten, virtuelle Ressourcenuniversitäten<sup>9</sup> etc.) entstehen. Die Politik steht hier vor der Aufgabe, die eigenen Beharrungskräfte (Festhalten an überkommenen Institutionen im politischen Normalvollzug) ständig neu zu hinterfragen und sich nicht primär untereinander zu orientieren, sondern an Innovationen aus der Mitte der Gesellschaft(en) heraus.

## 5. These

***(wo)men at work* – In den „Humansektoren“<sup>10</sup> können – ressourcen- und energieintensive – Warenbeziehungen auch durch – ressourcen- und energieleichte – soziale Beziehungen innerhalb der Arbeitswelt ersetzt werden.**

Grundgedanke sollte sein, dass der festzustellende Wandel der Arbeitswelt (Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, Postfordismus) nicht mehr als defizitäre Entwicklung (Wiederherstellung der

7 Deliberative Politik heute heißt beratende Politik nach dem Ende der großen ideologischen Erzählungen, d.h. sie bildet keinen übergeordneten Diskurs mehr, sondern ist eher eine lose Anordnung technologischer, sozialer, wissenschaftlicher etc. Diskurse.

8 Im Grünen Grundkonsens heißt es dazu unter Bezugnahme auf den Begriff der „Schöpferischen Entwicklung“ Henri Bergsons: „Individualität der Einzelnen sowie Vielfalt der Erfahrungen und Meinungen werden als wichtige Quelle von Ideen und schöpferischer Entwicklung anerkannt.“

9 Eine solche wurde beispielsweise gerade im Landtag NRW auf den Weg gebracht.

10 Im Erfurter Beschluss von 2008 zum *Green New Deal* heißt es dazu: „Wir wollen daher die Chance, die in einer solch schwerwiegenden Krise auch steckt, mit unserem grünen New Deal jetzt nutzen, einen schrittweisen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft zu erreichen: Bildung, Soziales und öffentliche Güter, Gesundheit und Pflege, ökologische Dienstleistungen und Produkte, Kultur und Wissenschaft.“

alten Normarbeitsgesellschaft), sondern als Chance für einen sozial-ökologischen Wandel begriffen wird. Schon lange fällt die Feststellung eines materiellen „Überkonsums“<sup>11</sup> mit der Einsicht zusammen, „dass Zufriedenheit und materieller Wohlstand jenseits eines bestimmten Niveaus nicht mehr oder sogar negativ korrelieren, ein großer Teil des Konsums also eher kompensatorischen Charakter hat - der unstillbare Wunsch ist, immaterielle Bedürfnisse materiell zu befriedigen.“<sup>12</sup> Immaterielle Bedürfnisse brauchen also nicht mehr materiell kompensiert, sondern können auch in auszubauenden „Humansektoren“ (Arbeit von Menschen für Menschen) immateriell befriedigt werden. Diese Sektoren können und sollen wachsen, während andere, ressourcenintensivere Sektoren werden schrumpfen müssen. Grundvoraussetzung hierfür ist es, Zugangs- und Teilhabegerechtigkeit mit einer Universalisierung der sozialen Absicherung (Vgl. 3. These) herzustellen (garantistischer Sozialstaat). Hierbei bleibt zu überlegen, ob nicht die dauerhafte Etablierung eines solchen Arbeitssektors unumgänglich wird und ob ein solcher Sektor weniger als öffentlicher Sektor oder privater Dienstleistungssektor als vielmehr als *gemeinwohlorientierter*<sup>13</sup> Arbeitssektor begriffen werden muss, für den ein garantistischer Sozialstaat eben Voraussetzung ist. Nicht nur könnte hiermit das große Problem des Wachstumszwangs (Beschäftigungsschwelle) abgemildert, der sozial-ökologische Wandel würde ebenso nicht mehr als ein „Weniger“ (an materiellen Ersatzbefriedigungen), sondern als ein „Mehr“ (an Lebensqualität, Würde im Alter, gesundes Leben, kultureller Teilhabe etc.) wahrgenommen werden. Eine solche postindustrielle Gesellschaft wird keine Gesellschaft ohne Industrie sein – eine Konversion der Industrie (ressourcen- und energieleichte Produkte) und sektorspezifische Politik bleiben weiterhin relevant –, das industrielle Paradigma verliert nur seine hegemoniale, Institutionen prägende Funktion.

## 6. These

### ***Wem die Erde gehört – Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verlangt eine institutionelle und rechtliche Verankerung dessen, was allen gehört.***

Die USA haben die natürlichen Lebensgrundlagen mit ihrer Weise des Wirtschaftens ebenso zerstört, wie die Sowjetunion mit der ihren. Diesbezüglich kann die Frage des Eigentums an der Natur kaum noch innerhalb der großen ideologischen Erzählungen des Privat oder Staat beantwortet werden. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen (Meere, Luft, Wälder, Biodiversität etc.) sind weder Privateigentum, noch sind sie Staatseigentum oder gehören gar niemandem – sie gehören als Gemeingut allen (*res communis*).<sup>14</sup> Ebenso wie bei der Figur der Responsibility to Protect (R2P), gilt es also das Völkerrecht auch in der Frage des Erhalts der natürlichen Lebensgrundlagen auf ein allgemeines Menschenrecht hin (neu) zu orientieren. Dabei müssen Nutzungsrechten immer Schutz- und Erhaltungspflichten beiseite gestellt werden. In der Weiterentwicklung des *internationalen* Rechts zu einem *transnationalen* Recht ist dessen Subjekt die Menschheit (und nicht die Nation oder das Unternehmen) und dessen Träger sind die Vereinten Nationen.

11 Vgl. Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* des Wuppertal Instituts, 1996.

12 Reinhard Loske, Immer mehr, immer schneller, immer weiter so, Der Freitag, August 2007.

13 Im Erfurter Beschluss von 2008 zum *Green New Deal* heißt es dazu: „Marktwirtschaft braucht nicht nur staatliche Regulierung, sondern auch einen gemeinwohlorientierten, solidarischen Sektor.“

14 Solch ein Gemeinrecht war bereits – als eine von vier Eigentumsformen – im Römischen Recht verankert.

Die Vereinten Nationen stehen damit auch hiermit (wie bei der R2P) vor einer historischen Schwelle bezüglich ihrer Rechtsquellen (das internationale Recht war bisher hauptsächlich aus dem Nationen- und Gewohnheitsrecht abgeleitet). Solch ein transnationales „ökologisches“ Gemeinrecht kann aus der Praxis einer Rechtsprechung entstehen, für die entsprechende Institutionen zu schaffen sind (etwa Analog zum Internationalen Strafgerichtshof). Die pazifischen Inseln etwa müssen so ihr ökologisches Menschenrecht *als* Menschen und *für diese* wirksam einklagen können.<sup>15</sup> Was für die natürlichen *Lebensgrundlagen* gilt, gilt aber ebenso für *kulturelle Produkte* wie Wissen und Information<sup>16</sup>, die *per se* allen gemeinsam sein und in die Form des Gemeinguts übergehen sollten. Beides bedingt wahrscheinlich sogar einander, um wirklichen ökologischen und sozialen Fortschritt zu erreichen.<sup>17</sup> Die Frage des Wissens- und damit auch Technologietransfers ist darum nicht dem Markt allein zu überlassen.

## 7. These

### **Ökologischer Humanismus – Die Mannigfaltigkeit als soziales (Natur)Verhältnis.**

Stefan Tidow hat im Vorgang zu dieser Sitzung eine Schlüsselfrage aufgeworfen.<sup>18</sup> Diese Frage ließe sich auch so umformulieren: Wie gehen Gesellschaften als Ganzes (soziales Verhältnis) mit ihren Naturgrundlagen (Naturverhältnis) um und warum scheint das Gattungswesen (Lebewesen) Mensch sich gerade einen Bruch in seinem Naturverhältnis zu organisieren? Oder: Was ist ein dann notwendiger dezidiert *ökologischer* Humanismus? Es ist die relevant gewordene Gattungsfrage, um die nun die Entwicklungslinie des historischen Humanismus (absolute Selbstorganisation des Menschen in der Welt) ergänzt werden muss. Dabei kann es nur um eine Angleichung unserer Gesellschaften an ihre natürlichen Lebensgrundlagen, um eine „Harmonisierung“ gehen. Warum scheint uns dies bisher eigentlich misslungen zu sein, was ist schief gelaufen? Geistesgeschichtlich – und dies mag vielleicht überraschen – ist diese Frage relativ einfach, wenn auch zunächst sehr grundlegend ontologisch, anhand dreier „Alternativlinien“ zu hauptsächlich Fehlentwicklungen zu beantworten. 1) Wir verstehen gesellschaftlich unser Handeln immer noch innerhalb des Cartesianischen Weltbildes, und zwar in der Hinsicht, als das wir die Ursachen unseres Handelns finalistisch, als die Bearbeitung der Welt nach vermeintlich in der Natur der Dinge liegenden Zwecken durch unseren freien Willen begreifen (Zweckursache). Dadurch verfehlen wir ein Verständnis der Natur als Ursache ihrer Selbst, von der wir bedingt, eben auch Wirkungen sind (Wirkursache). Unser Freiheitsbegriff ist daher zugleich zu weit (der freie Wille) und zu eng (innerhalb des kausalen Determinismus der toten Materie) gefasst und entfernt sich so von dem, was für das Lebendige nützlich ist, der „Harmonisierung“ der

15 Hierbei sei auf Barbara Lochbihler verwiesen, die in dem Papier „Klimawandel und Menschenrechte“ einen ganzen Katalog ökologischer Menschenrechte aufgelistet hat.

16 Das Wissen ist kein *per se* knappes Gut, sondern erhält und vermehrt seinen Wert umso mehr, je mehr es geteilt wird. Der Markt versperrt hierbei mit seiner Verknappungsfunktion eher den Fortschritt als das er ihn befördert.

17 In Sonderfällen wie bei genetischen Codes von Grundnahrungsmitteln fallen natürliche Lebensgrundlagen sogar mit Wissen und Informationen zusammen.

18 Und zwar die, „inwiefern die 'Reformulierung' der ökologischen Frage als soziale Frage auch einen veränderten Blick auf die Umwelt überhaupt zur Folge hat. Denn das hieße auch, die Umweltpolitik aus einer Rückbindung an die 'Natur als Wert an sich' herauszulösen und als einen gesellschaftlich vermittelten Wert zu begreifen, der sich erst über einen Prozess der gesellschaftlichen Aneignung realisiert; kurz: als ein soziales Verhältnis.“

Kultur mit der Natur. Das Lebendige als Selbstorganisation des Materiellen aber wäre unmöglich, wenn der Determinismus, dem die Materie gehorcht, nicht in seiner „Strenge“ nachlassen könnte.<sup>19</sup> Freiheit hebt demnach das für das Lebendige notwendige nicht auf, sondern setzt es voraus. Es ist dies das Problem eines stark vereinseitigten sozialen Verhältnisses als *Zweck-Mittel-Rationalität* einer instrumentellen Vernunft. Wir „verschieben“ unser Leben daher immer auf in der Zukunft liegende Zwecke, statt es im Hier und Jetzt auszufüllen. 2) Unser Raum-Zeit-Begriff orientiert sich am rein physikalischen Begriff der toten Materie (lineare Zeit, die nur abstrakte Bewegungspunkte der Materie im Raum abbildet) und nicht am Lebendigen (das immer eine bestimmte Dauer aus sich selbst heraus hat).<sup>20</sup> Hieraus resultiert zivilisatorisch die Umwandlung des Lebendigen in eine lineare Anhäufung toter Materie sowie die entropische Freisetzung der in der toten Materie aufgespeicherten Energie, die mit den Kreisläufen, Dauern und Zyklen des Lebendigen in Widerspruch gerät. Es ist das Problem eines stark vereinseitigten sozialen Verhältnisses als *physikalisch-technologisches Naturverhältnis*. Nachhaltigkeit verlangt daher zunächst einen anderen Zeitbegriff (auch im Poltischen), der nicht linear definiert ist, sondern auf – lokalen – Kreisläufen, Dauern und Zyklen basiert. 3) Die dritte „Alternativlinie“, dass die Natur eine Mannigfaltigkeit ist, wurde bereits genannt (Vgl. 3. These).<sup>21</sup> Insofern lässt sich ein gesellschaftliches Verhältnis als angemessenes Naturverhältnis nur noch als ein differenzielles Gefüge denken, als eine nicht mehr hintergehbare Pluralität. Insofern sind alle „aufs Ganze gehenden“ Universalien<sup>22</sup> im Singular – *der Markt, die Demokratie, die Technologie, die Religion, die Wissenschaft* – zu hinterfragen. Es gibt lokal und temporär immer je eigene Märkte, Formen der Demokratie, angemessene Technologien etc. Ein gelungenes globales Naturverhältnis der Menschheit wird aus der mannigfaltigen Bedingtheit der Natur heraus deshalb nie eines einer mit sich selbst identischen Menschheit sein, sondern eines der Differenzen untereinander. Die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist ja gerade auf eine Universalisierung (Globalisierung) unserer „westlichen“ Zweck-Mittel-Rationalität und unseres physikalisch-technologischen Raum-Zeit-Begriffes zurückzuführen.

Kurz gefasst – und durchaus im Bewusstsein darüber, hier für eine politische Runde durchaus eine ungewöhnliche Perspektive eingenommen zu haben –: Das gelungene, nachhaltige gesellschaftliche Verhältnis als Naturverhältnis, ein Ökologischer Humanismus, ist einzig und allein eine Frage der *Kultur(en)*. Kleiner also, als mit einem tiefgreifenden kulturellen Wandel, wird es nicht zu haben sein. Die obigen Thesen haben angedeutet, dass dies wahrscheinlich im Zusammenwirken von technologischen und sozialen Innovationen vonstatten gehen wird, das in der Schaffung neuer Institutionen<sup>23</sup> mündet.

Aber so ist es in der Geschichte der Menschheit ohnehin immer gewesen.

---

19 Geistesgeschichtlich ist dies u.a. bei Giordano Bruno, Baruch de Spinoza, Henri Bergson, Horkheimer/Adorno etc. ausformuliert worden.

20 Entsprechende Ausformulierungen einer solchen Zivilisationskritik finden sich in Philosophie und Literatur u.a. bei Henri Bergson, Marcel Proust, Friedrich Nietzsche, Henry Miller etc.

21 Neben Leibniz, wären hier als Referenzen auch postmoderne Denker der Differenz wie J.-F. Lyotard oder Gilles Deleuze zu nennen.

22 Historisch sollte nicht vergessen werden, dass der Eintritt in die Moderne und das Ende des mittelalterlichen Weltbildes vom Universalienstreit seinen Ausgang nahm.

23 Es ist jetzt bereits abzusehen, dass die Verbreitung neuer Kommunikations- und Informationstechnologien einen solch tiefgreifenden kulturellen Wandel mit der Schaffung neuer Institutionen bereits eingeleitet hat.